

ZEUGENSCHRIFTEN

Name:	ZS Nr.	Bd	Vermerk:
Hoegner, Wilhelm Dr.MinPräs.	1959	I	
katalogisiert Seite: 16			
Sachkatalog: Novemberputsch 1923 Drittes Reich I Bayern I	Personen: Hoegner, Wilhelm Dr.MinPräs.		
katalogisiert Seite:			
Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite:			
Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite:			
Sachkatalog:	Personen:		

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
z. 4246/69	Dat. 25 1959
sp. /	Kel. Fr

8. 11. 62

- 1 -

75-1959-2

Das ist die Wiedergabe eines Interviews mit Herrn Professor Dr. Wilhelm Hoegner, vormalige Ministerpräsident von Bayern und Leiter der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Herr Dr. Hoegner, Sie sind vor dem Krieg schon aktiv in der Sozialdemokratischen Partei doch gewesen, Sie waren Landtagsabgeordneter in Bayern, Sie waren am Untersuchungsausschuß über den Röhms-Putsch und dann waren Sie doch in den letzten Jahren auch im Reichstag und die erste Frage, die mich sehr interessiert, speziell über den Reichstag, ist mit dem Juli 1932, mit der Übernahme von Preußen, so viel ist da doch immer gesagt worden, und man versucht zu fragen, Severing und Braun haben doch da ihre Antworten auch schon gegeben, aber andere haben doch gedacht, die Sozialdemokraten in Preußen, mit der glänzenden preußischen Polizei und dem Reichsbanner und vielleicht dem Generalstreik, etwas hätte doch gemacht werden können; einige sagen, daß die Reichswehr vielleicht, oder vielleicht nicht eingeschritten wäre, das kann man nicht sagen, sie sagen aber doch, auch wenn die Reichswehr wäre eingeschritten, vielleicht wäre es dann besser gewesen, ein sehr trauriges Ende, aber doch, die Bewegung hätte dann wenigstens Märtyrer gehabt, und sie vergleichen das mit dem Wiener, wissen Sie, im 34, ich weiß nicht, aber Sie waren in Berlin, was war Ihr persönlicher Eindruck?

Hoegner: Also, ich war der Meinung, daß man unter allen Umständen hätte Widerstand leisten müssen, denn die Arbeiterschaft in den Betrieben war bereit zum Generalstreik. Dieser geplante Generalstreik wurde aber abgeblasen, weil sich sowohl der Sozialdemokratische Parteivorstand, wie die Gewerkschaften auf den Standpunkt stellten, wenn General-

streik kommt, dann gibt es Unruhen, dann können die Reichstagswahlen, die auf 31. Juli 32 festgesetzt waren, nicht stattfinden. Aus diesem Grunde ist jeder Widerstand unterblieben, und Severing stellte sich vor allem auf den Standpunkt, er wolle Blutvergießen vermeiden. Das ist ehrenwert, aber es hat sich später gezeigt, daß aus den wenigen Opfern, die damals ein Widerstand gekostet hätte, dann 50 Millionen Menschen auf der Welt Opfer geworden sind.

Glauben Sie, Herr Hoegner, daß es überhaupt zu einem Einsatz der Reichswehr gekommen wäre?

Hoegner: Das läßt sich sehr schwer beurteilen. Ich zweifle sehr, denn damals, 1932, war doch auf der einen Seite die ausgezeichnet ausgerüstete Polizei und die Reichswehr hat ja immer laviert, unter Seeckt schon im Jahre 23, ich glaube, daß Hindenburg wohl nicht die Reichswehr gegen die preußische Polizei hätte schießen lassen, sondern man hätte wahrscheinlich eine politische Lösung versucht.

Glauben Sie auch, daß vielleicht zum Beispiel, Schleicher, war ja damals eine sehr große Kraft da in der Reichswehr, daß der ja auch hätte laviert, er hat doch laviert die ganze Zeit.

Hoegner: Schleicher war immer der Mann, der laviert hat, und der schließlich daran auch gescheitert ist.

Ja. Die Sache war ganz offensichtlich von vornherein verloren und ganz unmöglich, das ist ja nicht ganz richtig?

Nein, das ist nicht richtig, daß man sagt, die Sache wäre von vornherein verloren gewesen. Man muß bedenken, daß die Länder ja gegen den Eingriff des Reichskanzlers von Papen in Preußen äußerst erbittert waren, und den Staatsgerichtshof

in Leipzig angerufen haben.

Ja.

Also der Widerstand wäre auch gegen diesen Verfassungsbruch von Papens, der war auch in den Ländern sehr stark.

Was war eigentlich Papens Ausrede, es war eine Ausrede, aber was war das für eine Ausrede, da waren doch keine großen Unruhen in Preußen?

Es waren überhaupt keine Unruhen! Das ganze war eingefädelt von den preußischen Junkern und von Papen hat sich einfach zum Vollstrecker dieser Schicht von Ultrakonservativen gemacht.

Es ist schwer zu sagen natürlich was Andere denken, aber was war denn die der Grund, was haben diese Leute geglaubt, diese preußischen Junker da erreichen zu wollen?

Ja, sie wollten natürlich die Herrschaft haben, nicht wahr, wollten, Hitler sollte ihr Werkzeug sein, sie hatten die gleichen Auffassungen wie die Großindustrie in Westdeutschland, net.

Eigentlich damals schon war dieselbe Geschichte wie 33.

Hoegner: Es war genau dieselbe Geschichte, nur daß sie damals noch nicht ans Ziel gelangt ~~ist~~ ist.

Ja. In 33, nachdem Hitler zur Macht kam, das ganz persönlich, zum Beispiel von Ihrem bayerischen Standpunkt, was war Ihr Gefühl, was war Ihre Reaktion, als Sie gehört hatten, daß Hindenburg hat Hitler zum Reichskanzler ernannt?

Ja, ich war natürlich entsetzt, denn wir hatten infolge, nach der Niederlage der Nationalsozialisten bei der Wahl vom November 32, war man der Meinung, daß die Partei auf dem absteigenden Aste sei und daß es möglich sei, über eine Machtergreifung Hitlers hinwegzukommen. Schleicher wollte ja mit den Gewerkschaften und mit einem Teil der Nationalsozialisten, unter Gregor Strasser, die Verhältnisse in Deutschland neu ordnen. Das war seine Absicht, er ist dann gescheitert, weil er eine unglückliche Rede gehalten hat, er hat erklärt, er sei ein sozialer General, Worte, die man in Deutschland bis dahin nie gehört hat, er sprach, er sei weder Kapitalist noch Sozialist, das war auch eine schwere Sünde gegen die herrschenden Schichten damals, net wahr, kurz und gut er hat sich mißliebig gemacht, dazu kam eines, der sogenannte Osthilfeskanandal. Die deutsche Landwirtschaft war nach der ersten Inflation schon in große Schwierigkeiten geraten, weil sie Kredite zu unerhört großen Zinssätzen aufnehmen mußte, die allmählich zur Rückzahlung fällig wurden und schon im Jahre 29 zogen die Bauern in Schleswig-Holstein und in Oldenburg mit den schwarzen Fahnen herua. Das Reich griff dann ein, mit der sogenannten Osthilfe. Es handelte sich vor allem um Rittergüter in Ostdeutschland, also östlich der Elbe, die nicht mehr zu halten waren. Dafür stellte das Reich, um sie zu sanieren, außerordentlich hohe Mittel zur Verfügung. Nun stellte sich aber heraus, im Reichstag wurde im Januar 1933, anfangs Januar, ein Untersuchungsausschuß eingesetzt, da stellte sich heraus, daß große Durchstechereien vorgekommen waren, daß manche außerordentlich begünstigt worden waren, daß andere, die Unterstützungen des Reichs dazu verwendet haben, sich einfach Autos anzuschaffen oder Reisen nach Italien zu machen, oder das Geld bei Spielbanken zu verspielen usw. Und nun war in vielen Akten, waren Empfehlungen von Hindenburg und seinem Sohn, und Hindenburg war darüber äußerst ungehalten und machte Schleicher den Vorwurf,

daß er diesen Untersuchungsausschuß nicht verhindert habe. Das war also ein maßgebender Grund für Hindenburg gegen Schleicher dann vorzugehen und ihm die erbetene Auflösung des Reichstags zu verweigern. Und Schleicher mußte dann zurücktreten.

War Hindenburg eigentlich damals noch geistig stark genug um das überhaupt zu verstehen das ganze?

Hoegner: Nein. Nein.

Dann sein Sohn wahrscheinlich?

Hoegner: Nein, mir hat der verstorbene frühere Bundesjustizminister Schäffer immer wieder erzählt, damals im Jahre 32/33, daß Hindenburg, wenn man mit ihm sich unterhalte schon nach einigen Minuten mehr oder minder einschlafe. Also er war geistig nicht mehr auf der Höhe. Aufgeschreckt hat ihn eines dann, am 30. Januar 1933, als man ihm das Gerücht hinterbrachte, daß Schleicher mit der Garnison von Potsdam im Anmarsch sei und ihn, den Hindenburg und Hitler und Hindenburgs Sohn zu verhaften. Da wachte natürlich der General auf, war empört, nicht wahr, und auf diese Weise wurde Hitler dann Reichskanzler.

Aber da ist gar kein Beweis dafür.

Hoegner: Da ist kein Wort davon wahr. Schleicher hat gar nicht daran gedacht, leider, leider!

Das ist dann eines dieser <sup>geschickten</sup> ~~geschickten~~ Gerüchte, die doch auch später dann z. B. zwischen der SA gegen die Reichswehr, bevor dem 30. Juni ging.

Hoegner: Wie vor dem 30. Juni. Jawohl!

Ein fabriziertes Gerücht

Hoegner: Jawohl, fabrizierte Gerüchte, ja. Um einen bestimmten Zweck zu erreichen.

Glauben Sie, wie eigentlich hat Bayern, Sie sind doch ein bayerischer Staatsmann,

Hoegner: (lächelnd) ja.

wie hat sich eigentlich Bayern darüber verhalten? Hat man in Bayern wirklich geglaubt, nach dem 30. Jänner, daß Bayern selbständig bleiben kann, auch außerhalb

Hoegner: Ja. Ja. Während des Reichstagswahlkampfes, net, vor den Wahlen vom 5. März 33, hat man in Bayern eine Zeitlang das noch geglaubt. Wir Sozialdemokraten in München, wir traten damals in Verhandlungen mit der Bayerischen Volkspartei, um die Monarchie in Bayern einzuführen. Denn wir waren der Meinung, Monarchie sei immer noch das kleinere Übel gegenüber Hitler, net wahr! Diese Verhandlungen kamen nicht vorwärts, denn der damalige bayerische Ministerpräsident, Präsident Dr. Held, von der Bayerischen Volkspartei sträubte sich, mit den Sozialdemokraten überhaupt zu verhandeln, ich hatte persönlich, während des Wahlkampfes, auf einer Fahrt von Traunstein nach München den Ministerpräsidenten Dr. Held auf diese Frage der Monarchie angesprochen. Da sagte er mir, ja, welche Rechte i e h dem König einräumen werde, das weiß ich heute noch nicht. In Wirklichkeit ging er her, und bestellte sich bei dem Deutschnationalen Staatsrat Spengenberg vom Justizministerium ein juristisches Gutachten, ob die Monarchie ohne Verfassungsverletzung in Bayern eingeführt werden könne. Das war natürlich vollendetester Unsinn.

denn nach der damaligen Verfassung war Bayern Republik, net wahr, und die Einführung der Monarchie hätte einen Staatsstreich bedeutet, aber immer noch besser Staatsstreich sagten wir uns, als die Hitler-Herrschaft.

Diese Ansicht, daß man manchmal auch gegen die Verfassung gehen könnte, war ja unter den sozialdemokratischen Führern dann nach dem I. Weltkrieg ja nicht sehr stark und es ist natürlich

Hoegner: Nein. Nein.

Ich glaube, das erstemal, daß überhaupt eine sozialdemokratische Partei in Deutschland, wie Ihre bayerischen Leute, darüber aktiv gedacht haben und

Hoegner: Ja. Jawohl, das war das erstemal, aber das war ein Notwehrrecht gegenüber einer Bewegung von der man damals schon wußte und ich kannte ja diese Bewegung genau aus den Akten und in der Wirklichkeit, man wußte damals schon, ich hatte dafür als früherer Staatsanwalt wohl schon scheinbar ein gewisses Gefühl dafür, daß sie aller Verbrechen fähig seien. Und sich gegen eine solche Herrschaft zu wehren, das war das primitivste Notwehrrecht, net wahr, das jedem Menschen zusteht.

Ja. Es hat mich sehr interessiert, in Ihrem Buch über den Hitlerputsch in 23, da sagen Sie doch, daß das Verfahren gegen Hitler dann und die anderen war vor einem Gerichtshof, der ja eigentlich gar nicht kompetent<sup>dafür</sup> war.

Hoegner: Ja.

Wie ist das möglich in einem Rechtsstaat, daß<sup>eigentlich</sup> ein Gericht in einem wichtigen Prozeß doch gar nicht rechts-

mäßig vorgehen kann? Das verstehe ich nicht.

Hoegner: (bereits einigemal Ja dazwischengerufen)

Ja, diese Volksgerichte, net wahr, und das war eine Volksgericht, die waren eingeführt worden in Bayern nach der Räterepublik. Seit der Zeit bestanden in Bayern Volksgerichte. Ihre Zuständigkeit beschränkte sich eben auf Hochverrat, Landesverrat und Ähnliches, net wahr! Diese Volksgerichte waren berüchtigt durch ihre scharfen Urteile, ~~xxxxxxxxxxxxxxxx~~ gegen links, aber in dem Falle, net wahr, gegen rechts, haben sie damals vollständig versagt. Der Vorsitzende hat eine zwingende Bestimmung des Republikschutzgesetzes, daß Ausländer, die wegen Hochverrats verurteilt werden, daß solche Ausländer ausgewiesen werden müssen, diese zwingende Bestimmung hat der Vorsitzende dieses Volksgerichts nicht angewendet. Er hat also eine Rechtsbeugung begangen.

Hm. Hitler war ja nicht deutscher Staatsbürger.

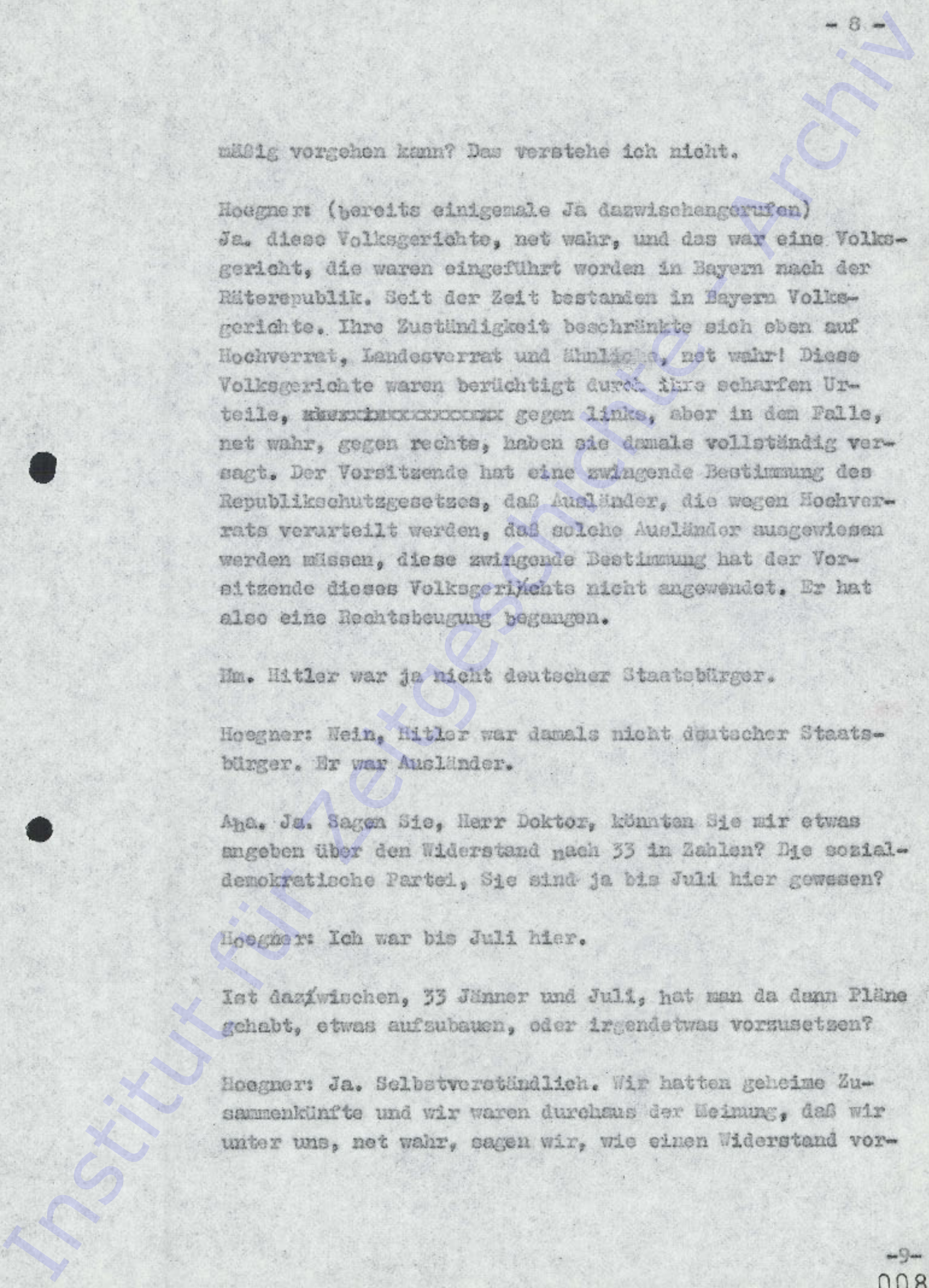
Hoegner: Nein, Hitler war damals nicht deutscher Staatsbürger. Er war Ausländer.

Aha. Ja. Sagen Sie, Herr Doktor, könnten Sie mir etwas angeben über den Widerstand nach 33 in Zahlen? Die sozialdemokratische Partei, Sie sind ja bis Juli hier gewesen?

Hoegner: Ich war bis Juli hier.

Ist dazwischen, 33 Jänner und Juli, hat man da dann Pläne gehabt, etwas aufzubauen, oder irgendetwas vorzusetzen?

Hoegner: Ja. Selbstverständlich. Wir hatten geheime Zusammenkünfte und wir waren durchaus der Meinung, daß wir unter uns, net wahr, sagen wir, wie einen Widerstand vor-



bereiten würden, weil wir damals der irrigen Meinung waren, daß Hitler nur kurze Zeit am Ruder sein würde, daß vor allem das Ausland dafür sorgen würde, daß Hitler nicht am Ruder bleibe. Darin haben wir uns natürlich schwer getäuscht. Ja.

Ja das Ausland das ist jetzt schwer, aber was eigentlich kann <sup>ein</sup> ~~das~~ Ausland machen? Ausgenommen Krieg! Und war es damals, gibt man die politische Situation in England und auch in Frankreich gegenüber einer kommunistischen Gefahr, ist es sehr wahrscheinlich, daß sie zu Gunsten dieser Gefahr vielleicht eintreten könnte?

Hoegner: Hitler hat sofort die Bestimmungen, die vertraglichen Bestimmungen, die er einzuhalten versprochen hatte, verletzt. Dadurch, daß er im entmilitarisierten Rheinland einmarschiert ist. Hätten damals die Franzosen Widerstand geleistet, so hätte es keinen Krieg gegeben, denn Hitlers Macht wäre sofort zu Ende gewesen. Die Reichswehr war noch gar nicht aufgerüstet und die Generale der Reichswehr, die hätten nicht den Wahnsinn begangen, einen Krieg anzufangen. Sie hätten Hitler einfach beseitigt.

Ja. Ja.

Hoegner: Ich glaube, das wäre noch möglich gewesen, auch im Jahre 35 herum, net wahr, da wär's auch noch gegangen, vielleicht sogar noch 38, denn bei dem Einmarsch in Österreich hat sich herausgestellt, daß vor allem die deutsche Panzerarmee damals durchaus nicht auf der Höhe war, sondern daß außerordentlich viel, sagen wir Schwierigkeiten technischer Art noch bestanden. Natürlich, 39 wars dann zu spät.

Herr Doktor, könnten Sie mir vielleicht etwas sagen, nach dem Krieg, nun in Hamburg zum Beispiel habe ich erfahren,

die sozialdemokratische Partei, abgesehen natürlich von Dr. Schumscher und anderen, die das von der Spitze wieder gegründet haben, aber einfach in Hamburg z.B. wie der Krieg zu Ende war, sind dort einfach die gewöhnlichen Leute, die Arbeiter, wieder zur Gewerkschaft, z.B. dort war das Gewerkschaftshaus der Mittelpunkt und da einmal sind da die dann wieder langsam hingegangen, haben sich dort wieder getroffen und da hat dann einer angefangen, ja, wir organisieren uns wieder und von Grund auf hat sich die Partei wieder zusammengefunden. Wie war das eigentlich in München?

Hoegner: Das war ganz genau dasselbe. Ich kam zurück am 6. Juni 1945 und fand bereits eine kleine Gruppe von Sozialdemokraten, unter Albert Rosshaupter, dem späteren Arbeitsminister, die sich schon zusammengefunden haben. Zu dieser Gruppe gehörte der spätere Oberbürgermeister Thomas Wimmer, gehörte ein späteres Mitglied des bayerischen Senats, Gustav Schiefe, von den Gewerkschaften und bereits im Sommer 1945 war die Partei, stand eigentlich schon wieder da, ebenso die Gewerkschaften, die wurden wieder, auch von der Besatzungsmacht, offiziell wieder zugelassen und ich konnte dann bereits im November, ich wurde dann bei Zusammenkünften, die wir hier, von Sozialdemokraten, die wir hier und in Pfaffenhofen an der Ilm hatten, wurde ich zum vorläufigen Vorsitzenden der Partei in Bayern gewählt und konnte dann meine erste große Rede bereits, bevor die Partei offiziell zugelassen war von den Amerikanern, das geschah erst im Januar 1946, konnte ich im November, net wahr, meine Rede als, meine große Rede, meine erste politische Rede wieder in Deutschland, im November 1945 im Münchner Prinzregententheater halten. Net wahr! Also, es haben sich diejenigen, die das Dritte Reich überlebt haben, net wahr, die haben sich sofort wieder nach dem Einmarsch der Amerikaner wieder, zunächst in kleinen Gruppen, wieder zusammengefunden und haben dann die Neugrün-

dung oder die Zulassung der Partei, die war ja damals durch die Besatzungsmacht notwendig, betrieben.

Ja. Herr Dr. Hoegner, Sie sind doch so viele Jahre im Parlament, im Reichstag und im Bayerischen Landtag gewesen. Könnten Sie mir, aus Ihrer eigenen, persönlichen Erfahrung, etwas über Hitler persönlich sagen? Sie müssen doch den Mann wahrscheinlich gehört haben, gesehen haben, es scheint <sup>natürlich</sup> von Berichten, daß er ein ganz faszinierender Sprecher war, der die Leute fast magnetisiert oder wie, wie hat sich der Mann bei verschiedenen Gelegenheiten, wie haben Sie

Hoegner: Ich und eine Anzahl, nicht nur meiner politischen Freunde, sondern, sagen wir einmal, eine große Anzahl gebildeter Menschen, haben nie verstanden, daß das Gebrüll dieses Mannes und seine Tobsuchtsanfälle die Menschen faszinieren konnte. Es war mehr die Schimpferei auf alles Bestehende, auf die Republik, net wahr, auf die Juden, auf Berlin, net wahr, das hat den Leuten gefallen. Und das war es, es war dieser Redefluß, von brutaler Schimpferei, net wahr, das war für die Leute etwas völlig neues, hat sie angezogen, net wahr, innerlich hatten sie diese Wut gehabt und sie freuten sich, daß jetzt einer hergeht und ungeschminkt und brutal das ausspricht, was sie denken. Das war meiner Meinung nach die Wirkung, die Hitler ausgeübt hat. Von einem faszinierenden Blick, oder von einer schönen Rhetorik, wie man sie sich vorstellt, net wahr, von einem parlamentarischen Redner, war gar keine Rede. Es war wüstes Gebrüll und sonst ~~nichts~~ nichts.

Ja. Es scheint, es ist ja möglich, daß die Leute, die sich das angehört haben, und denen das gefallen hat, sich ganz bewußt ~~haben~~ <sup>haben</sup>, ja das ist ja schön zu hören, aber wir wollen das ja wirklich nicht praktisch. Ist das

möglich? Daß die Leute das nicht

Hoegner: Nein, die wollten das.

Die wollten?

Hoegner: Ein großer Teil des deutschen Volkes, net wahr, die wollten einfach nicht glauben, daß dieses kaiserliche Heer habe besiegt werden können. Da erfanden sie die Dolchstoßlegende. Diese Dolchstoßlegende, daß das Heer hinterrücks erdolcht worden sei, net wahr, daß also, das hat den Leuten, die einfach von dem Gedanken an das glorreiche Kaiserreich nicht wegkommen konnten, das hat denen eingeleuchtet. Das haben sie geglaubt. Und daraus entstand dieser Haß, dazu kam noch dieser latente Antisemitismus, net wahr, der ja seit dem Mittelalter immer vorhanden war, der hier in München ursprünglich nicht da war, denn die Juden hier, sind mit Ausnahme der zugewanderten Ostjuden, die sind Münchner gewesen, geworden, wie andere, net wahr, haben sich von nichts unterschieden und erst durch Hitler ist dann dieser Antisemitismus, der in Österreich zu Hause war, in Wien, unter Lueger, aber dann auch in der Tschechoslowakei, weil dort, dort war der Gegensatz zwischen Arbeitern und Kapitalisten zugleich ein Rassengegensatz, weil die Juden im Besitz, net wahr, dieser kapitalistischen Unternehmungen waren und die Arbeiter natürlich, net wahr, hier schon den Klassengegensatz spürten. Also, die Leute, diese sogenannten Nationalen, net wahr, die haben in Hitler, von Hitler das gehört, was sie hören wollten und was sie selbst geglaubt haben. Das war seine Wirkung. Aber Hitler wäre ja nicht ans Ziel gekommen, wenn nicht diese große Arbeitslosigkeit gekommen wäre. Denn vorher haben zu ihm wenig Arbeiter gehört. Und sein Auftreten in München war eigentlich eine Stimmungssache. Bei den Wahlen von 1924

unmittelbar nach dem Hitlerprozeß, hatten die Nationalsozialisten in München 105.000 Stimmen gehabt, und bereits bei den Dezemberwahlen zum Reichstag, im Dezember 1924, waren sie auf rund 26.000 abgemunken. Es erklärt sich das daraus, die Leute waren empört, daß im Hitlerprozeß nur der Hitler angeklagt wurde, nicht aber der Herr von Kahr, der seinerzeit ja auch den Marsch nach Berlin, oder besser gesagt, die Macht-ergreifung in Berlin auf illegalem Wege angestrebt hatte. Daß hier mit zweierlei Maß gemessen wurde, das fühlte das Volk, und daraus erklärt sich, daß sie aus Empörung über dieses juristische Unrecht, daß sie damals in der ersten Aufwallung dann bei den Wahlen vom 6. April 1924 in so großer Zahl nationalsozialistisch gewählt haben, aber dieses Strohfeuer ist sehr rasch verfliegen und Hitler sah sich dann gezwungen, nach seiner Freilassung in Landsberg, den Schwerpunkt der nationalsozialistischen Tätigkeit nach Mittelddeutschland, nach Thüringen, und nach Berlin zu verlegen. Die Nationalsozialisten hatten z.B. bei der Wahl vom 5. März 1933 in München keine Mehrheit. Überhaupt, in Oberbayern und Niederbayern hatten die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen zusammen keine Mehrheit erhalten. Nur in Franken, infolge der Deutschnationalen dort, net wahr, aber auch in BadenWürttemberg hatten sie keine Mehrheit und im ganzen Rheinland hatten sie keine Mehrheit, ebenso nicht in Berlin. Aber, natürlich Ostpreußen, Schlesien, Oldenburg, Schleswig-Holstein, da wären die Nationalsozialisten allein über 50% stark, bei diesen Wahlen.

Herr Doktor Hoegner, in 1923/24 waren Sie doch schon aktiv in der bayerischen Politik

Hoegner: Ja.

Ich verstehe es gar nicht, wie konnte ein Mann, z.B. von Kahr, der doch <sup>glaube ich</sup> ein vernünftiger Mann war, wenigstens er war doch in einer hohen Stellung

Hoegner: Ja. Ja, Ja, aber

Wie kann ein Mann, von dem man doch glaubt er hat einen gesunden Menschenverstand, wie kann er denn glauben, daß er von München heraus Berlin und Deutschland erobern will militärisch, das ist doch ein Wahnsinn.

Hoegner: Nein! Das war kein Wahnsinn

Das war kein Wahnsinn?

Hoegner: Nein! Er hatte die bayerische Reichswehr unter General Lotzow (?), die ja abgefallen war von der übrigen Reichswehr, hatte er auf seiner Seite. Und, ~~er~~ hatte die gesamten Nationalen Kräfte in Norddeutschland, die ihn ständig in München aufgesucht hatten, net wahr, das war dieses geplante Reichsdirektorium, ein Krupp-Direktor war auch mit unter diesen Leuten, es war der Justizrat Klass, es waren, also eine ganze Reihe von völkischen Gruppen und von Deutschnationalen, die hier bereit waren. Und selbst bei der Reichswehr war jedenfalls der Seeckt nicht ganz abgeneigt der Einsetzung eines Direktoriums und vor allem der General Behrendt in Berlin, der gehörte auch zu den unsicheren Kantunisten, nicht wahr. Die Sache war also durchaus nicht so

So eigentlich, wenn die bayerische Armee, den alten bayerischen Teil der Reichsmonarchie marschiert hätte, ist es zwar ganz gut möglich, daß die Reichswehr

Hoegner: Jawohl! Daß die Reichswehr nicht geschossen hätte. Das halte ich für durchaus möglich, net wahr! Wenn dieses Direktorium Kahr gekommen wäre, denn die politischen Kräfte, -net wahr, auch innerhalb der Reichswehr, waren für die Einsetzung eines Direktoriums, nur wollten sie den Hitler nicht.

Ja, damals war er ja noch

Hoegner: damals war er noch eine unbedeutende Figur und war lächerlich, net wahr.

Sie würden ja den Ludendorff akzeptiert haben,

Hoegner: Ja, Ludendorff, Ludendorff war der festen Überzeugung, daß die Reichswehr niemals auf ihn schießen werde.

Ja.

Hoegner: Die Reichswehr hat ja auch nicht auf ihn geschossen. Es war die bayerische Landespolizei.

So, das ist interessant, da war eigentlich eine ganz gute Möglichkeit?

Hoegner: Ja. Die bayerische Reichswehr war verstärkt worden auf den dreifachen Bestand, durch die Einberufung von Zeitfreiwilligen, also von Studenten insbesondere und von Anhängern der sogenannten vaterländischen Verbände. Es war als erster Aufstellungstag der 15. November vorgesehen und am 18. sollte losgeschlagen werden, net wahr, das war alles vorbereitet. Hitler erfuhr davon, Hitler und Ludendorff, und haben dann eher zugegriffen, net wahr!

Eigentlich, wenn Hitler nicht zugegriffen hätte, wäre es möglich, daß das ganze

Hoegner: Hätte, dann wäre es möglich, daß dieses Reichsdirektorium gekommen wäre, wie es geplant war. Aber da war Kehr vorgesehen.

Als

Hoegner: Als Leiter dieses Direktoriums.

Und wer würde dann Reichspräsident sein, oder Reichsverweser?

Hoegner: Ja,

Seeckt?

Hoegner: Wahrscheinlich, wenn Seeckt mitgemacht hätte, ney/wahr, Seeckt hat sich, er war ja immer die Sphinx, er hat dann nur, darüber gabe keinen Zweifel, daß er gegen Hitler, da ist er losgegangen, das ist selbstverständlich, denn das entsprach nicht den Plänen über die Einsetzung eines Direktoriums in Berlin, net.

Man könnte aber doch sagen, daß dieses Vorhaben der bayerischen Reichswehr, ist das nicht Hochverrat? Oder Meuterei?

Hoegner: Es war Hoch, natürlich es war Meuterei. War glatte Meuterei. Nachher mußte er ja auch gehen, er mußte den Dienst quittieren.

Herr Doktor Hoegner, ich danke Ihnen vielmals für Ihr freundliches Interview und die Zeit, die Sie mir gegeben haben.

BAYERISCHER LANDTAG

VIZEPRÄSIDENT

8 München 30, den  
Maximilianeum  
Telefon 449851-59

1. Februar 1966.

Herrn

Univ.-Professor Dr. Conrad F. L a t o u r ,

8 M ü n c h e n 29  
=====  
Postschließfach 4.

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4617/71	Best. ZS
Rep.	Kat.

Sehr geehrter Herr Professor !

Ihr Manuskript habe ich durchgelesen. Als Ergänzung füge ich zunächst den vollen Wortlaut des Briefes bei, den mir der inzwischen leider verstorbene Professor DORN am 5.2.1960 geschrieben hat. Weiter habe ich zu bemerken:

Seite 225:

Die Behauptung Schäffers, er habe von mir die Ernennung Dr. Ehards zum Staatssekretär verlangt, trifft nicht zu. Ich habe nach meiner Ernennung zum Ministerpräsidenten Dr. Ehard aus freiem Entschluß wegen unserer guten Zusammenarbeit seit Anfang Juni 1945 zum Staatssekretär im Justizministerium berufen.

Zum Senatspräsidenten am Oberlandesgericht München wurde ich auf Anregung Dr. Ehards ernannt, der einen entsprechenden Brief an Ministerpräsident Schäffer geschrieben hatte.

Seite 231 oben:

Dr. Josef Müller hatte sich bei seiner eigenen Partei durch seine Reisen nach Karlshorst zum sowjetrussischen Hauptquartier verdächtig gemacht. Die Sozialdemokraten trauten ihm nicht, weil er geäußert haben sollte, daß er nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten sämtliche sozialdemokratischen Beamten entlassen würde.

Auf diese Weise kam durch Vermittlung Dr. Hundhammers und seiner Freunde die Koalition vom 21.12.1946 zustande (s. Hoegner I, Seite 284 ff.)

Seite 231 unten:

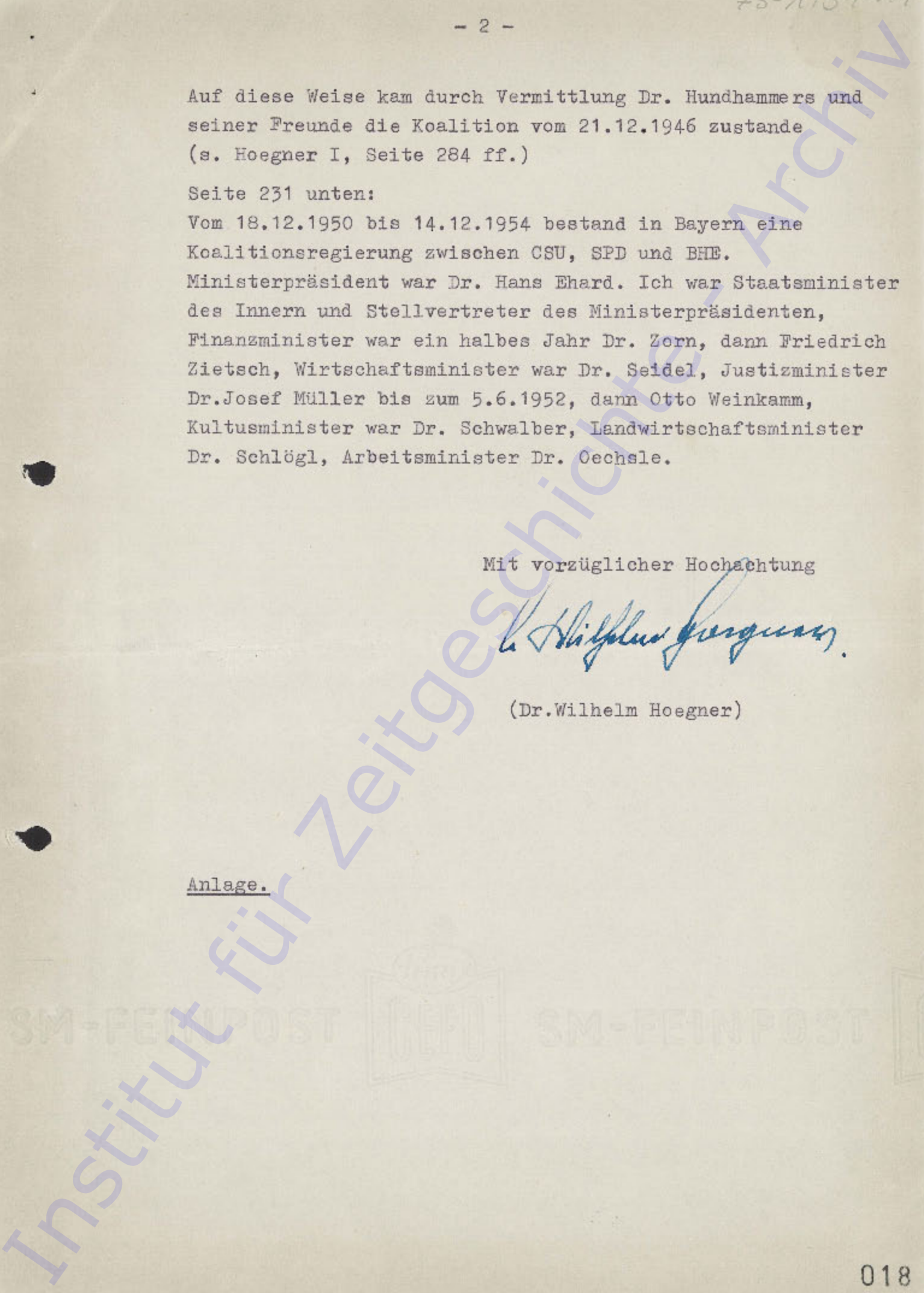
Vom 18.12.1950 bis 14.12.1954 bestand in Bayern eine Koalitionsregierung zwischen CSU, SPD und BHE. Ministerpräsident war Dr. Hans Ehard. Ich war Staatsminister des Innern und Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Finanzminister war ein halbes Jahr Dr. Zorn, dann Friedrich Zietsch, Wirtschaftsminister war Dr. Seidel, Justizminister Dr. Josef Müller bis zum 5.6.1952, dann Otto Weinkamm, Kultusminister war Dr. Schwalber, Landwirtschaftsminister Dr. Schlögl, Arbeitsminister Dr. Oechsle.

Mit vorzüglicher Hochachtung

*Wilhelm Hoegner*

(Dr. Wilhelm Hoegner)

Anlage.



SM-FEINPOST



SM-FEINPOST

Columbia University  
in the City of New York  
NEW YORK 27, N. Y.

DEPARTMENT OF HISTORY Feb. 5, 1960

Walter L. Loria  
464 Riverside Drive  
New York 27 New York  
USA

Mein Lieber Herr Dr. Hoegner:

Dass Ihr fesselndes autobiographisches Buch, "Der Schwierige Aussenseiter" mich nach Monaten dennoch erreichte, ist ein Mirakel des amerikanischen Postwesens. Ich bitte um Verzeihung, wenn ich Ihnen mitteilen muss, dass sogar in den bunten Vereinigten Staaten es eine "State University Columbia" ueberhaupt nicht gibt und dass eine Stadt mit Namen "Columbia, Ohio" auf keiner Landkarte aufzufinden ist. Das die freundliche Uebersendung Ihres Buches mich trotzdem erreichte erinnert mich an eine etwas prahlende Bemerkung Theodor Mommsens zu einem Freunde, er haette soeben einen Brief mit der Adresse "Theodor Mommsen, Europa" erhalten. Nun, Sie konnten es ja nicht wissen, dass wenige Monate nachdem ich Sie ~~zuletzt~~ zuletzt sah ich meinen Abschied von Columbus, Ohio, nahm und einen Ruf an die Columbia University in the City of New York annahm. Da meine Lehrttaetigkeit hier in Columbia University herzlich wenig mit deutscher Geschichte zu tun hat und sich kaum eine Gelegenheit bietet deutsch zu sprechen und noch weniger zu schreiben moegen Sie guetigst den Rost verzeihen, der sich an meiner Sprachbeherrschung angesammelt hat.

Schon der Titel Ihres Buches erweckte ein leises aber freundliches Laecheln. Er belebte Erinnerung an manche Besprechung mit Kurt Schumacher und Ollenhauer ueber den foederalistisch-gesinnten bayerischen Sonderling. Mich interesierte ganz besonders Ihre Jugendbeschreibung. Wie ganz anders ging es bei mir, der ich in einem protestantischen Pfarrhause in einer Kleinstadt im Staate Indiana aufwuchs, wo vom Klassenbewusstsein nicht die geringste Rede sein konnte. Mein staerkstes Jugenderlebniss war der Einschlag der amerikanisch-franzoesischen Aufklaerungsphilosophie von Jefferson und Voltaire, der ich im ganzen ziemlich treu geblieben bin. Wenig wunder, dass ich manchem Deutschen als eine Art von Jacobiner erschien. Vielleicht war es desshalb, dass ich waehrend der Besatzungsperiode am besten mit Sozialdemokraten zusammenarbeiten konnte, mit dem trefflichen Wilhelm Kaisen, den ich aus seiner Verborgenheit herrausriss, mit Ernst Reuter, den ich sehr hoch schaezte, mit Zinn in Hessen und Ulrich in Stuttgart, und "not least" mit Ihnen, Herr Dr. Hoegner, in Bayern, waehrend Reinhold Maier, der Rutschende und Labile, immer etwas unheimlich auf mich einwirkte, obwohl er mir in seinem Buche "Ende und Wende" vollkommene Gerechtigkeit erteilen liess.

Was soll ich nun zu Ihrer Berichterstattung ueber die Patton-Schaeffer Krise in Bayern im September, 1945, sagen, die ja am Ende zu Ihrer Ernennung zum bayerischen Ministerpraesidenten fuehrte? Nun, die aeusseren Tatsachen, die Sie anfuehren, stimmen schon, obwohl die eigentliche historische Bedeutung dieser traurigen Episode nicht zum Ausdruck kommt, vielleicht nicht zum vollen Ausdruck kommen konnte ohne weitere Akteneinsicht. Was Sie ueber die Taetigkeit des Robert Murphy sagen stimmt nicht recht mit dem was ich Ihnen mitteilte und was Sie ziemlich genau weiter geben.

Ganz besonders muss ich bedauern, dass Sie, ein gewissenhafter Jurist, die Eidesstattliche Erklarung auf Seite 201 ueberhaupt haben abdrucken lassen. Erstens, ist eine Erklarung zehn Jahre nach dem Ereignis quellenkritisch nicht besonders beweiskraeftig, erst recht nicht wenn sie von einem Anonymen stammt. Zweitens, ist der Tatsachengehalt dieser Erklarung beweisbar falsch. Als ~~Colonel~~ Fritz Schaeffer entlassen wurde war Col. Keegan schon wochenlang von General Adcock nach Hause geschickt worden. Wie schon aus Ihrem Bericht ersichtlich ist, war damals der verantwortliche Offizier Col. Dalferes. Drittens, muss ich Ihnen erklaren, dass ich und ich alleine die Verantwortung fuer die Entlassung trage und tragen muss. Ich benutzte allerdings die 'Intelligence Division' von Major Ordway, wo allerlei Informationen einschliesslich 'Eidesstattliche Erklarungen' einliefen, aber ich selber suchte mir das zwingende Beweiss-Material heraus und liess es dann noch einmal von Ordways Organisation ueberpruefen. Erst dann machte ich Gebrauch davon, und dann erst nach einer anderthalbstuendigen Unterredung mit Fritz Schaeffer selbst. Diese Unterredung, und nicht ein fingiertes Memorandum der von Ihnen zitierten Erklarung, war fuer mich entscheidend. Punkt fuer Punkt durchsprach ich mit ihm die Hauptanklagen gegen seine Regierung. Schaeffer war schlaue, geschmeidig, ueberfreundlich, aeusserst hoeflich und zugleich zynisch und ausweichend. Kurz, ich bekam den ueberwaeltigenden Eindruck, Fritz Schaeffer war unzuverlaessig in puncto der Ausfuehrung der Entnazifizierungs-Direktive die am 7. Juli, 1945, veroeffentlicht wurde. Wenn Schaeffer wirklich ehrlich ist, wird er das ohne boeses Gewissen heute offen zugeben koennen. Dies ist der historische Tatsachenbestand; die von Ihnen angefuhrte Erklarung ist entweder die reinste Luege oder bodenlose Dummheit oder bodenlose Boshaftigkeit. Keiner von Schaeffer's Parteigenossen hat ihn bei mir angeschwaerzt oder unterminiert; und so einfaeltig wie Sie mich indirekt hinstellen bin ich jedenfalls nicht gewesen. Es konnte wohl kaum Ihre Absicht gewesen sein, diesen Eindruck zu erwecken.

Nun war die Schaeffer Episode zugleich eine Krise der bayerischen Militaerregierung. Hier war es die Frage ob der verantwortliche General George Patton den Entnazifizierungsbestimmungen des Hauptquartiers musste. Der gute Patton schaltete ja ziemlich eigenmaechtig in seinem Hause. Er machte kein Geheimniss von seinem Unwillen ueber die ganze Aufraeumungspolitik. In oeffentlichen Interviews vor Zeitungskorrespondenten bezeugte er die Sauberungsaktion als tollen Unsinn und stellte sogar die Behauptung auf, das der Unterschied zwischen Nazis und Nicht-Nazis nicht mehr bedeute als der Unterschied zwischen Demokraten und Republikaner in Amerika. Diese Aeussorungen konnten Schaeffer kaum unbekannt geblieben sein. Carl Levin von der New York Herald Tribune und Raymond Daniels von der New York Times waren bei diesen Interviews gegenwaertig und ihre Zeitungen gaben den Misstaenden in Bayern breiten Raum. Kurz, die ganze Militaerregierung kam in Verruf es bei der Bekaempfung des Nazismus nicht ernst zu meinen. Dies war die Vorgeschichte der Untersuchungsmission, mit der mich General Adcock beauftragte. Meine Hauptanklage betraf das Landwirtschaftsministerium von Rattenhuber. Hier gab es 17 "mandatory removal" Faelle, die seit ende Juli nicht entfernt wurden. Man stellte die Behauptung auf, ob Schaeffer oder Rattenhuber laesst sich nicht naeher feststellen, man koennte nicht beides tun, die noetigen Nahrungsmittel fuer die D.Ps. sammeln und zugleich die belasteten Experten in diesem Ministerium entfernen.

Nicht nur Schaeffer, sondern auch Col. Dalferes, Col. Rees, und schliesslich General George Patton teilten diese Ansicht. Fuer mich war dieses Dogma des burokratischen Monopols am Wissen geraezu monstroses, wie Sie es ja spaeter bewiesen haben. Bitte glauben Sie es mir, mein lieber Hoegner, ich habe Schaeffer nicht als "verhinderten Nationalsozialisten" dargestellt, wie es die Eidesstattliche Erklaerung haben will. Was ich damals behauptete und noch heute behaupte ist dies, dass Fritz Schaeffer kein besonderes Interesse an einer energischen Sauberungsaktion an den Tag legte, ganz besonders nicht im Sinne des "July 7 Directive." Im Sinne dieser Direktive war er in der Tat "unzuverlaessig." Was General Eisenhower in Zorn setzte und wofuer er Schaeffer zeitweilig einsperren wollte, war meine Bemerkung, uebrigens gut beglaubigt, Schaeffer habe den guten Rat an die Beamten des Statistischen Amtes erteilt, sie moechten ihren Fragebogen entweder fehlerhaft oder unvollstaendig ausfuellen damit sich die Sache in die Laenge zoege, bis dahin koennte die amerikanische Entnazifizierungswut nachlassen.

Ein letztes Wort ueber Robert Murphy, den ich damals noch nicht kannte, der aber spaeter ein ~~von~~ meiner intimsten Freunde wurde. Der lebenswuerdige Bob wusste damals nicht recht was auf dem ~~Spiel~~ Spiele stand. Da ~~sogar~~ sogar Eisenhanwer in den Zeitungen heftig angegriffen wurde war auch er beunruhigt. Als Murphy in Muenchen ankam, hatte ich schon meinen ~~Untersuchungsbericht~~ Untersuchungsbereicht abgeschlossen. Er hatte zwar eine Ahnung aber keine genaue Kenntniss von meiner Mission. Ich stand unter keiner Verpflichtung ~~im~~ den Inhalt meines Berichtes mitzuteilen, ganz besonders nicht weil <sup>ich</sup> einige fuehrende Personen der Militaerregierung als mitverantwortlich fuer die Schaeffer Krise hielt. Zwar lud er mich ein zu einer Besprechung mit Dalferes und anderen im amerikanischen Kosulat, aber ich versteckte mich in einer Ecke des Zimmers und schwieg. Das war am Mittwoch abend. Am naechsten Tag war ich schon wieder in Frankfurt mit meinem Bericht. Murphy tappte im Dunkel, bis der Donnerschlag am Freitag kam. Auch dann wusste er nichts von dem Inhalt meines Berichtes. Deshalb die "face-saving formula" des freiwilligen Ruecktritts, die herzlich spaet kam und niemanden irrefuehrte.

Bitte Verzeihen ~~dies~~ Sie diese freundliche Berichtigung Ihres Buches ueber die Schaeffer Episode. Da ich selber an einem Buch ueber gewisse Phasen der amerikanischen Besatzungspolitik beschaeftigt bin, habe ich die Akten noch einmal durchgesehen. Anbei bitten finden die ~~die~~ Beilagen, die beweisen sollen dass ich mein Interesse fuer diese Zeit nicht verloren habe. Hoffentlich sind Sie gesund und gut erhalten. Ich denke oft an das amuesante Ettaler Abendteuer.

Mit herzlichstem persoentlichen Gruss

Ihr

Walter L. Brown

(Dr. Röder)

28-1989-23

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4818/72	Best. 25 1959
Rep.	Kat. 12

Interview mit Professor Dr. Wilhelm Hoegner am 3.12.1971 in München

In der Schweiz war den Emigranten die politische Betätigung verboten. Es bestanden deshalb jahrelang keine offiziellen Emigrantenorganisationen. Erst 1944/45 wurden die ersten Vereinigungen von Emigranten gebildet. Es gab auf der einen Seite Das Demokratische Deutschland unter der Führung von Alt-Reichskanzler Joseph Wirth und dem ehemaligen preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun. Zu dieser Organisation gehörten auch Heinrich Ritzel, der kürzlich verstorbene Bundestagsabgeordnete, ich selbst und noch einige andere. Daneben bestand das sogenannte Freie Deutschland unter Führung des Verfassers der "Moorsoldaten", des Schauspielers Wolfgang Langhoff. Dieser Organisation gehörten hauptsächlich frühere Kommunisten an.

Selbstverständlich trafen sich die Emigranten untereinander auch schon vorher, aber sie waren eben nicht organisiert. Solche Treffen fanden zweifellos in Genf, in Bern und auch in Zürich statt. Genaugenommen war das illegal. Das Demokratische Deutschland ist etwa im Februar/März 1945 entstanden. Zu dieser Zeit konnte bereits Joseph Wirth in einer Versammlung offiziell sprechen. Wir gaben dann auch eine Schrift mit dem Titel Das Demokratische Deutschland heraus, die großenteils von mir verfaßt, dann aber im Kreise der Mitglieder durchgesprochen worden war. Besprechungen fanden auch in Zürich statt. Meist wurden sie von Wirth organisiert. Zu diesen Treffen kamen die Zürcher Emigranten, aus Basel Heinrich Ritzel und aus Luzern der Baron Michel von Godin, der Deutschland hatte verlassen müssen, weil er 1923 als Oberleutnant der Landespolizei auf dem Odeonsplatz in München beim Hitlerputsch auf die Nationalsozialisten hatte schießen lassen. Unsere Versammlungen hielten wir alle zwei bis drei Monate ab. Konkrete Pläne für die Zukunft wurden nicht besprochen, und schriftlich fixiert hatten wir unser Programm nur in der Schrift Das Demokratische Deutschland. Als ich am 6.6.1945 die Schweiz verließ, gab es in unserer Organisation noch nicht einmal ein Sekretariat. Erst nach meiner Zeit formierte sich die ursprünglich lose Gruppe zu einer festeren Organisation und richtete auch ein Sekretariat ein.

Von der Arbeit der Organisation Freies Deutschland in der Schweiz ist mir nur die Schrift Langhoffs bekannt. Zwischen beiden Vereinigungen gab es keine Kontakte. Man stand sich von vornherein abweisend gegenüber. Ich glaube auch nicht, daß die Sozialdemokraten im Freien Deutschland vertreten waren. Allerdings gab es Einzelkontakte zwischen Sozialdemokraten und SAP-Leuten (z.B. bei Heinrich Strübel). Ich weiß jedoch nicht, ob sich diese in der Schweiz trafen. Strübel hatte vor allem Verbindung zu

Wilhelm Dittmann.

Viel Arbeit wurde in all diesen Kreisen und Organisationen nicht geleistet, weil politische Arbeit streng verboten war. Mir sind Fälle bekannt, wo Emigranten, die sich mit Kommunisten trafen, verhaftet und in ein Gefängnis im Jura verschickt wurden. Das war z.B. auch bei Valentin Baur der Fall, den ich später mit Hilfe der Amerikaner freibekam. Trotzdem habe auch ich in sozialdemokratischen Zeitungen geschrieben, allerdings nicht unter meinem richtigen Namen. Auch für den Parteivorstand der Sopade in Prag, später Paris, habe ich gearbeitet, d.h. Zeitungsartikel verfaßt. Diese kamen teilweise in Tarnschriften nach Deutschland.

Kontakte nach Deutschland bestanden meines Wissens von der Schweiz aus nicht. Mir ist nur bekannt, daß Waldemar von Knoeringen als sogenannter Grenzsekretär von der Tschechoslowakei aus nach Deutschland hinein Verbindungen unterhielt. Ob Erwin Schoettle auch in diesem Sinne tätig war, kann ich nicht sagen. Allerdings kamen Mitglieder des PV der Sopade, wenn sie nach Paris reisten, auch über Zürich. Besprochen wurde bei diesen Besuchen nur die politische Lage allgemein, nicht aber Möglichkeiten politischer Arbeit der schweizer Emigranten. Wir wurden auch finanziell nicht vom PV unterstützt. Ich erhielt nur über Siegmond Crummenerl ein kleines Honorar für meine Zeitungsartikel. Die Besuche von PV-Mitgliedern fanden etwa in halbjährlichem Abstand statt. Die Verbindung nach Paris war für den PV wichtig, weil sich eine ganze Reihe prominenter SPD-Reichstagsabgeordneter damals in Paris aufhielten, so z.B. Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding. Aber all dies ging nicht über einen losen Kontakt hinaus.

Ich selber hatte unter der schweizer Fremdenpolizei nicht zu leiden. In den Kriegsjahren kam einmal im Jahr ein Polizeibeamter zu mir, der nur wissen wollte, ob sich in unseren Verhältnissen etwas geändert habe. Ich weiß allerdings von Internierungen - ich nannte schon Valentin Baur. Ein Teil der deutschen Emigranten in der Schweiz ist noch vor Kriegsausbruch nach England oder in die USA gegangen. So wanderte Hans Unterleitner - nach Kriegsausbruch - im Jahr 1939 über Cherbourg nach Amerika aus. Ihn hat Léon Blum dabei unterstützt.

Finanzielle Hilfe bekamen die Emigranten von Partei und Gewerkschaften in der Schweiz. Je nach Familienstand 60 bis 120 Franken. Das war nicht viel, aber da die Schweiz damals noch nicht teuer war, konnte man davon leidlich leben. Außerdem gab es verbilligte Mieten, jedoch mußte man den Unterschied zur Normalmiete nach der Rückkehr nach Deutschland nachzahlen. Hilfswerke gab es bei der Arbeiterwohlfahrt in Zürich, auch eine jüdische Kinderhilfe, die aber nicht nur Kinder jüdischer Eltern betreute.

land besuchte, zu Thomas Wimmer und ließ ihn nach seiner Meinung über die Lage in Deutschland und den Nationalsozialismus befragen; seine Auskunft war wenig trostreich. Er war der Ansicht, die alten Sozialdemokraten würden immer weniger, und die Jugend sei ganz im nationalsozialistischen Sinne aufgewachsen. Als ich 1945 nach Bayern zurückkehrte, merkte ich, daß er recht hatte, denn die sozialdemokratische Partei mußte ganz neu aufgebaut werden. Eine kontinuierliche Zusammenarbeit gab es zwischen Emigranten und Genossen im süddeutschen Raum nicht. Es wäre für die Daheimgebliebenen zu gefährlich gewesen. Wir hatten keine Gelegenheit, von der Schweiz aus Widerstand im Reich zu unterstützen.

An der Flüchtlingskonferenz von Montreux im Frühjahr 1945 habe ich selbst teilgenommen. Dort wurde vor allem die Lage der jüdischen Emigranten besprochen, die ja in der Überzahl waren. Allerdings wurde nichts auf eine einheitliche Formel gebracht. Die meisten jüdischen Emigranten wollten nicht mehr nach Deutschland zurück, sondern nach Israel auswandern. Teilweise wurde sehr stürmisch diskutiert, denn die Erbitterung gegen Deutschland war sehr groß. Außer einer internationalen Hilfe für die Flüchtlinge und internationalen Ausweisen ist nicht viel Positives in Montreux beschlossen worden. Auch die politische Emigration in der Schweiz fand keine gemeinsame Formel aufgrund der parteilichen Unterschiede. Mit den Kommunisten war keine Einigung für die Nachkriegszeit möglich, obwohl ihre Zahl nicht mehr als ein paar Dutzend betrug.

Zu Heinrich Ritzel kann ich noch sagen: Er war ein eifriges Mitglied der Europa-Union in Basel. Er arbeitete auf diesem Gebiet vor allem mit den Redakteuren der Basler Nationalzeitung zusammen, mit Duttweiler, der auch Anhänger der Europa-Union war. Daneben war Ritzel auch für den schweizerischen Nachrichtendienst tätig. Er war vor seiner Emigration, so viel ich weiß, Polizeipräsident in Gießen gewesen, dann ins Saargebiet emigriert, ging dort in die Dienste des Saarkommissars, woraus er später finanzielle Ansprüche ableitete. Nach dem Anschluß des Saargebiets an Deutschland kam er nach Basel. Von einer sozialdemokratischen Emigrantenorganisation in Basel ist mir nichts bekannt. Ritzel kam zu unseren Besprechungen nach Zürich. Ich selbst habe für Ritzel den Entwurf einer Europäischen Bundesverfassung ausgearbeitet und bin in Deutschland auch Mitglied der Europa-Union geworden. In der schweizerischen Öffentlichkeit hatte die Arbeit Ritzels keinen Widerhall.

Nun zu Breitscheid: Als ich im Frühjahr 1934 in die Schweiz kam, war Breitscheid auch noch dort, ich glaube in Küßnacht bei Zürich. Soviel ich mich erinnere, haben wir uns auch damals schon getroffen - kannte

Breitscheid ja schon vom Reichstag her. Später siedelte er nach Paris über, und von diesem Zeitpunkt an schrieben wir uns. Themen unserer Korrespondenz waren einmal das Schicksal der deutschen Emigranten und zum anderen der Wiederaufbau eines künftigen Deutschland. Durch ihn wurde ich über die Lage der Emigranten in Paris unterrichtet. Zu grundsätzlichen Differenzen kam es, als Breitscheid in Paris die Zusammenarbeit mit den Kommunisten billigte. Ich lehnte eine Volksfront ab.

Bei der Rettungsaktion für Breitscheid und Hilferding hatte ich zunächst einen schweizer Professor der Rechtsfakultät angegangen, einen öffentlichen Aufruf zur Rettung von Breitscheid und Hilferding in die Wege zu leiten. Er hat das abgelehnt und konnte wohl vom Standpunkt der Neutralität der Schweiz aus nicht anders. Danach bin ich an den Vorsitzenden der schweizer Partei, Dr. Hans Oprecht, herangetreten. Er ist auf meinen Wunsch nach Arles in Südfrankreich gefahren, hat Breitscheid und Hilferding aufgesucht, um die beiden zur Flucht über Spanien nach England oder Amerika zu bewegen. Das war 1940. Aber - Breitscheid verließ sich auf das Ehrenwort des französischen Präfekten, der ihm Schutz zugesagt hatte. Über Heinrich Brüning hatte ich von Amerika aus Pässe für Breitscheid und Hilferding besorgen wollen oder lassen, das weiß ich nicht mehr genau. Ein paar Tage vor seiner Festnahme durch die französische Polizei erhielt ich einen Brief von Breitscheid, in dem zum Ausdruck kam, daß er ein sehr unsicheres Gefühl hatte. Soweit ich weiß, kam die französische Polizei zu Breitscheid und Hilferding und erklärte, sie müßten weg, man müsse sie vor der Gestapo schützen. In Wirklichkeit brachte man dann die beiden nach Vichy, wo sie der Gestapo ausgeliefert wurden. Mir ist noch gerüchteweise bekannt, daß Hilferding in Paris im Gebäude der Gestapo von einem hohen Stockwerk aus auf die Straße gestürzt wurde. Breitscheid kam zunächst nach Berlin zur Vernehmung. Ich muß noch einschalten, daß Breitscheids Frau beim amerikanischen Generalkonsul in Vichy einen Versuch unternahm, ihren Mann zu retten, aber der Generalkonsul erklärte, er könne nur für Amerikaner etwas tun. Frau Breitscheid folgte ihrem Mann nach Berlin. Dort wurde Breitscheid dann in dem berühmtesten Gebäude der Gestapo vernommen und kam anschließend in ein Konzentrationslager. Dort soll er bei der Bombardierung des Lagers durch alliierte Flieger umgekommen sein. Breitscheids Papiere befinden sich wahrscheinlich bei seinem Sohn Gerhard Breitscheid in Dänemark.

Rückblickend möchte ich auch heute noch sagen, daß uns Emigranten in der Schweiz keine anderen Möglichkeiten zum Widerstand oder Widerstandsarbeit gegeben waren, als die, die wir wahrgenommen haben. Vielleicht wäre bei gutem Willen ein größeres Entgegenkommen von seiten der SPS und der schweizer

Gewerkschaften möglich gewesen. So soll sich z.B. eine Gewerkschaft überhaupt geweigert haben, etwas für die Emigranten zu tun. Die Mittel der deutschen Gewerkschaften, die zum größeren Teil in die Schweiz geschafft worden waren, sind wieder nach Deutschland zurücktransportiert worden und dort den Nationalsozialisten nach dem 1.5.1933 in die Hände gefallen. Wahrscheinlich haben die Gewerkschafter unter Führung von Leipart geglaubt, daß sie von den Nationalsozialisten ähnlich behandelt würden wie die italienischen Gewerkschaften von Mussolini, d.h., daß sie zu einer staatlichen Einrichtung würden, aber mit denselben Funktionen und Funktionären. Das war wohl die große Illusion von Grassmann und Leipart. Was die Abegg/Gelpke-Gruppe angeht, weiß ich nicht viel. Es gab eine Gruppe mit dem Namen "Freunde der Sowjetunion", der der frühere preussische Staatssekretär Abegg auch angehörte.

ERSTFASSUNG

75-1959-28

V

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akt. 5974/B	Best. 25 1959
Rep.	Kat.

INTERVIEW MIT MINISTERPRÄSIDENT A.D. PROF. DR. WILHELM HOEGNER IN  
MÜNCHEN AM 15.12.1972

Hans Marchwiza, ein früherer Bergarbeiter und späterer Arbeiterschriftsteller, war einige Monate in der gleichen Wohnung mit uns in Neubühl. Bei ihm waren seine Frau und sein kleiner Sohn. Sie bewohnten zwei Zimmer. Die Küche benutzten wir gemeinsam.

Marchwiza war überzeugter Kommunist. Als Beruf pfl egte er "Schriftsteller" anzugeben. Die Schweizer Behörden standen Kommunisten ablehnend gegenüber. So blieb es nicht aus, daß Marchwiza bald wegen seiner offen zur Schau getragenen kommunistischen Einstellung ausgewiesen wurde. Man stellte ihn an die französische Grenze. Politisch betätigt hat sich Marchwiza in der Schweiz nicht. Ich weiß nur, daß bei einer Veranstaltung der Genossenschaft Neubühl Marchwitzas Frau und Kind in russischer Tracht erschienen und dadurch Aufsehen erregten.

Julius Zerfass kannte ich aus seiner Tätigkeit als Feuilletonredakteur der sozialdemokratischen Münchner Post seit vielen Jahren. In Zürich wurde ich eines Tages vom Sekretariat der schweizer Sozialdemokratie angerufen: Julius Zerfass sei mit Frau und Sohn angekommen und habe sich nach mir erkundigt; ich solle versuchen, ihm eine Wohnmöglichkeit zu verschaffen. Ich wandte mich sofort an das Sekretariat der Wohnungsbau-genossenschaft Neubühl. Von dort wies man Zerfass, weil Marchwiza gerade ausgezogen war, in unsere Wohnung ein. So wohnten wir mit ihnen - soweit ich mich erinnere sogar mehrere Jahre - mit der Familie Zerfass zusammen.

Zerfass schrieb in dieser Zeit eine Art Roman über seine Erlebnisse im Konzentrationslager Dachau. Er war aufgrund eines verkürzten Fußes, den er als Kriegsverletzung ausgab, verhältnismäßig gut behandelt worden. Er war auch mit ordentlichem Paß und seiner Familie in die Schweiz gekommen. Politisch aktiv ist Zerfass in der Schweiz nicht gewesen.

Heinrich Ströbel war mit seiner Frau in Zürich als Emigrant ansässig. Er siedelte bereits im Januar 1933 mitsamt seiner Habe in die Schweiz über. Ströbel gehörte zur SAP, war aber in der Schweiz nicht politisch tätig. Die Veranstaltungen der Sozialdemokratie hat er nie besucht. Mein Kontakt zu ihm war persönlicher Art - wir besuchten uns. Aus der kontroversen Einstellung von SAP und SPD vermieden wir es, Diskussionen über die deutsche Politik zu führen. Auch die schweizer Verhältnisse besprachen wir nur sehr allgemein. Deshalb war die Unterhaltung mit Ströbel vom politischen Gesichtspunkt aus nicht sehr fruchtbar. Ströbel ist in der Schweiz gestorben.

Viel Kontakt hatte ich mit Rudolf Hilferding. Er lebte mit seiner Frau in Paris, kam aber alle paar Monate nach Zürich ins Sporthotel und traf sich dann mit mir. Ich erinnere mich an Spaziergänge entlang dem Zürichsee, bei denen ich ihm mit Erfolg auseinandersetzte, daß die materialistische Geschichtsauffassung kein vollständiges Bild der Realität ergäbe, weil sie das Moment des Sittlichen außerachtlasse. Hilferding ist ursprünglich reiner Marxist gewesen. Er hat ein ausgezeichnetes Buch über das Bankkapital geschrieben, das auch heute noch lesenswert ist. Hilferding ist jedoch durch seine Erlebnisse in der Emigration und durch den Einfluß der tschechischen Politiker, mit denen er in Paris Kontakt hatte, dazu gekommen, auch sittlichen Werten einen Platz in der Geschichte einzuräumen.

Rudolf Breitscheid, der eine Zeit lang in Küsnacht bei Zürich lebte, habe ich ebenfalls oft getroffen. Wir kannten uns aus der Reichstagsfraktion. Als Breitscheid nach Paris übersiedelte, haben wir den Kontakt brieflich aufrechterhalten.

Themen hatten wir genug, im besonderen das Thema Volksfront. Breitscheid setzte sich - im Gegensatz zur Sopade - unter dem Eindruck der französischen Politik für die Volksfront ein. Ich dagegen war der Ansicht, daß mit den Kommunisten niemals gemeinsam Politik gemacht werden könne.

Verbindung zu Joseph Wirth in Luzern bekam ich folgendermaßen: Allen Dulles hatte als Sekretär Gero von Gaevernitz, den Sohn eines deutschen Universitätsprofessors. Er hat uns 1935 zusammengebracht. Wirth, Heinrich Georg Ritzel und ich kamen dann in Abständen von vier Wochen in Zürich zusammen. Im selben Jahr wie <sup>mit</sup> Wirth muß ich auch Michel von Godin zum ersten Mal in der Schweiz getroffen haben. Joseph Kindt-Kiefer schließlich stieß über Joseph Wirth zu uns.

Lose Verbindung hatten wir in Zürich zu Georg Ledebour in Bern und zu Ritzel in Basel; mit letzterem bekam ich wohl 1934/35 erstmals Kontakt; wahrscheinlich ist er als Vertreter der Europa-Union auf mich zugekommen.

Zu unserer Arbeit in der Schweiz: Ich kann mich an Zusammenkünfte emigrierter Sozialdemokraten erinnern, insbesondere in einer Gastwirtschaft in der Nähe des Zürcher Münsters. Sie fanden nicht regelmäßig statt; manchmal verging ein Viertel- oder Halbjahr, ehe wir uns wieder trafen. Es wurde über Politisches und weniger Politisches gesprochen, über die Verhältnisse in der Schweiz, über Möglichkeiten der Rückkehr und das Schicksal Hitlers nach dem Krieg. Viele beurteilten die Lage pessimistisch, insbesondere vor 1939, als die Engländer Hitler weitgehend gewähren ließen und Frankreich nicht in der Lage war, allein zu handeln.

Mehr als 20 oder 30 Personen fanden sich zu den Versammlungen nie ein. Die Einladungen hat möglicherweise Arthur Crispian herausgeschickt, das weiß ich aber heute nicht mehr sicher. Daß wir erst in den 40er Jahren anfangen, Vorstellungen für ein künftiges Deutschland zu entwickeln, lag daran, daß vor Kriegsbeginn in unseren Augen kein Grund bestand anzunehmen, Hitler werde bald abgewirtschaftet haben. Zunächst wollten wir nur Erlebnisse austauschen, später kam das Pläneschmieden, aus dem dann auch unsere Arbeitsgemeinschaft Demokratisches Deutschland (DD) entstanden ist.

Von den Mitgliedern dieser Organisation war Joseph Wirth überzeugter Katholik mit engsten Verbindungen zur Kirche, Joseph Kindt-Kiefer ein Schwarmgeist, der viel von der Genossenschaftsidee hielt und eine Menge Bücher und Broschüren darüber schrieb, Heinrich Georg Ritzel Sozialdemokrat, dessen Beitrag weniger in der Programmdiskussion zu suchen ist als in seiner Rolle bei einigen Basler Zeitungen, in seiner Tätigkeit bei der Europa-Union und den daraus resultierenden Verbindungen zur schweizer Presse. Ritzel war vor allem Organisator. Otto Braun ist am besten als Preuße charakterisiert. Er besaß einen ausgezeichneten klaren Verstand; was er sagte, hatte Hand und Fuß. Sein Problem lag darin, daß er bei der Planung eines Demokratischen Deutschland die geschmälerte Rolle Preußens nicht verwinden konnte. In dieser Hinsicht war er konservativ. Theoretisch an Bebel orientiert, stand er in der Praxis auf seiten der erhaltenden Kräfte. Meinungsverschiedenheiten gab es in unserer heterogenen Gruppe aber vor allem mit Joseph Wirth, und zwar wegen seiner Bindung an die Kirche. Ich erinnere mich an eine Diskussion, in der die Frage aufgeworfen wurde, ob man nicht das Wort "christlich" für Parteien überhaupt verbieten solle. Ich selbst habe seine Verwendung als Parteiattribut immer

als Mißbrauch angesehen. Wirth setzte sich natürlich für die Beibehaltung ein.

Insgesamt konnten sich die Sozialdemokraten in der Gruppe weitgehend durchsetzen. Nach Kriegsende ist das Demokratische Deutschland nicht mehr sehr aktiv gewesen. Ich kehrte am 6. Juni 1945 nach München zurück. Nach meiner Zeit wurde noch ein Sekretariat eingerichtet, aber über einen weiteren Beitrag zu einem Deutschland-Programm ist mir nichts bekannt. Die Zeitschrift gleichen Namens habe ich ja auch fast allein verfaßt. Wirth hat zwar auch Denkschriften verfaßt, für die aber selbst die Dulles-Leute keine rechte Verwendung zu haben schienen. Niemand hat mehr ernsthaft mit Wirth gerechnet; ihm hing vor allem die Gegnerschaft Frankreichs wegen der Rappallo-Verträge an. Am meisten hat man wohl von mir erwartet, denn ich war der erste unter den politischen Emigranten, den die Amerikaner wieder nach Deutschland brachten.

Erst nachträglich ist mir bekanntgeworden, daß sowohl Ritzel wie auch von Godin im Dienst des schweizerischen Nachrichtendienstes standen. Das haben sie natürlich sehr geheimgehalten - auch mir gegenüber. Worin ihre Tätigkeit im einzelnen bestand, weiß ich nicht. Um 1940 kam Alfred Loritz in die Schweiz; er arbeitete für den schweizerischen, den französischen und wohl auch für den amerikanischen Geheimdienst. Er war mit einem französischen Paß aus Frankreich gekommen und blieb bis 1945 in der Schweiz. Seine spätere Funktion als Gründer der wirtschaftlichen Aufbauvereinigung übte er in Penzberg aus.

In der Union der deutschen Sozialisten in der Schweiz war ich Mitglied. Ich erinnere mich noch an eine größere Versammlung auf dem Zürichberg in einem großen Restaurant und daran, daß damals auch Sozialdemokraten aus Genf anwesend waren. Anna Siemsen hat bei dieser Veranstaltung gesprochen. Insgesamt war aber die Tätigkeit dieser Union wenig bedeutungsvoll.

(Aufgenommen von Wolfgang Jean Stock, 852 Erlangen, Geschwister-Scholl-Straße 8)